

Das 'Basic Needs Program' ist unrealistisch

"In den letzten Jahren übertraf das Wachstum des Sozialproduktes die Bevölkerungszunahme kaum, wesentliche Einkommensverbesserungen waren daher nicht zu verzeichnen. Wegen der Fehlernte in Teilen des Terai lag das BSP-Wachstum im Berichtsjahr mit real 2,3% wieder unter dem Bevölkerungswachstum. Bei einem durchschnittlichen Prokopfeinkommen von etwa US\$ 150 leben etwa 40% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze."

(Auszug aus: Bundesstelle für Außenhandelsinformation (bfai), Dez. 1987 "Nepal-wirtschaftliche Entwicklung 1986/87", S.1

Diese Entwicklung - mit der Anstrengung der Regierung, die Industrieansiedlung und den Dienstleistungssektor (vor allem den Tourismus!) auszudehnen - muß immer vor dem Hintergrund des 'Programm 2000' gesehen werden, mit dem sich die Regierung vorgenommen hat, Nepal bis zur Jahrtausendwende 'an den asiatischen Lebensstandard heranzuführen'.

In Nepal weisen Kritiker dieses als völlig unrealistisch bezeichneten Vorhabens darauf hin, daß in den bisherigen 2 1/2 Jahren kein bißchen Fortschritt zu verzeichnen sei. Verantwortlich dafür sei die parasitäre Staatsbürokratie. Wie sollen alle Nepalis mit den Grundbedürfnissen ausgestattet werden können, wenn nach wie vor keine durchgreifende Landreform erfolgt ist, aber 95% der Bevölkerung von der Landwirtschaft abhängig sind und de facto immer noch sklavenähnliche Abhängigkeitsverhältnisse für Landlose herrschen. Ethnische Minderheiten haben auch weiterhin offensichtlich keine gleichen Rechte, wenn z.B. Tharu-Familien, denen vor 25 Jahren Land abgenommen wurde, bis heute nicht die dafür zugestandene Entschädigung gezahlt worden ist. Für diese Bevölkerungsteile, deren Lebensgrundlage als erstes verbessert werden müßte, ist die Realisierung eines Lebensstandards nur bis zur Armutsgrenze schon jenseits jeglicher Vorstellung.

Die zunehmende Verstädterung wird nun auch in Nepal langsam ein dringendes Problem, wo z.B. die Zahl der temporären Behausungen am Bagmati-Fluß stetig

wächst. Im Ratna Park nimmt - auch deshalb - die Zahl der 'fliegenden Händler' zu, die sich ein festes Ladenlokal nicht leisten können und ihre wenig gewinnbringenden Stände immer dann wieder abbauen müssen, wenn deren Anwesenheit für einen ausländischen Staatsgast, der die Hauptstadt besucht, ein Bild von Unkontrolliertheit abgeben würde oder wenn ein anderes Ereignis des ausgedehnten nationalen Feiertagskalenders stattfindet. Immerhin bestreiten viele Tausend Nepalis als 'fliegende Händler' ihren Lebensunterhalt und versorgen diejenigen, die hier ihre täglichen Bedürfnisse ein wenig günstiger befriedigen können.

Das zunehmende Müllproblem ist zwar durch ein Projekt deutscher Entwicklungshilfe angegangen worden, doch mittlerweile werden die Maßnahmen den Erfordernissen nicht mehr gerecht. Das organisierte System der Müllsortierung und Wiederverwendung, bei dem (hauptsächlich durch zugewanderte Südländer) Plastik von Glas, Konservendosen von Kartons getrennt und wieder in die entsprechenden Verarbeitungsbetriebe zurückgebracht werden, gibt einer ganzen Reihe von Menschen die einzige Möglichkeit einer geringen Einnahmequelle.

All diese Schichten der Bevölkerung glauben nicht an das Wunder des 'basic needs program', schon gar nicht in den dafür nur noch verbleibenden 12 Jahren. Ob das extra dafür eingesetzte 'Basic Needs Central Coordination Committee' das ändern kann, bleibt zu bezweifeln. Das Komitee hat im Mai ein Team zusammengestellt, das in allen 75 Distrikten des Landes die jeweiligen Distriktbehörden in die Erhebung zur Ermittlung von Daten über die Lebensumstände aller derjenigen Büregr einweisen soll, die unterhalb der Armutsgrenze leben.

Wie soll sich diese Situation noch verbessern können, wenn mit der geplanten Vervielfachung (!) der Touristenzahl bis zum Jahr 2000 ca. 1 Mio. Nichtnepalis pro Jahr zeitweilig miternährt werden müssen??

Claus Euler

Buchbesprechung:

Brigitte Jessen/Michael Nebelung
Hilfe muß nicht tödlich sein
Basisbewegung und Befreiungsarbeit
in Bangladesh
Express Edition, Berlin 87,
ISBN 3-88548-5

In Indien und Bangladesh entstanden in den 70-er Jahren zahlreiche lokale Aktionsgruppen, die auch als 'Non-Party Political Formations', 'Grass Roots Politics Groups' oder auch teilweise als 'Non Governmental Organisations' bezeichnet werden. Sie grenzen sich sowohl von der staatlichen Entwick-

lungspolitik als auch von linken und kommunistischen Parteien ab. In Indien wird seit Anfang der 80er Jahre sowohl innerhalb dieser Gruppen als auch zwischen Vertretern dieser Gruppen und linken Parteien und Gewerkschaften heftig über die politische Rolle und die Perspektive ihrer Arbeit diskutiert. Dr. Kothari ist einer der Wortführer dieser Gruppen, während ein führender Funktionär der größten kommunistischen Partei Indiens, die z.Zt. die Regierung vom Bundesstaat Westbengalen stellt, P.Karat, zu den Kritikern zählt. (1)



Leider wird auf diese Diskussion bzw. ähnliche Diskussionen in Bangladesh in der Publikation von B. Jessen und M. Nebelung, 'Hilfe muß nicht tödlich sein', nicht eingegangen. Insofern läßt die Darstellung der Arbeit von NGO's, die in diesem Buch ausführlich an sechs Beispielen vorgenommen wird, und zweier staatlicher Entwicklungsprojekte der dänischen und niederländischen Regierung und insbesondere der Versuch, die 'Aufgaben politischer Solidaritätsarbeit' zu entwickeln, viele Fragen zur politischen Rolle der NGO's in Bangladesh offen.

Die Autoren stimmen der Analyse von Brigitte Erler (in Ihrem Buch 'Tödliche Hilfe', Freiburg 1985) im wesentlichen zu, lehnen jedoch ihre politischen Schlußfolgerungen ab, da diese eine 'resignative Haltung' und Handlungsunfähigkeit erzeugen würden: "So wären die Entwicklungsländer als Ganzes, besonders aber die Ärmsten in den Entwicklungsländern, ohne unsere 'Hilfe' besser dran." (B. Erler, Tödliche Hilfe, S.83) Diesen Schlußfolgerungen läge eine Flucht vor Verantwortung zugrunde, ein eindimensionales Weltbild. Dieser 'pessimistischen' Haltung wird eine unbefangene optimistische entgegeng gehalten: Die Arbeit der NGO's wird als basis-, und armutsorientiert beschrieben, die eine 'soziale Eigendynamik' entwickelt hätte, die von der Regierung 'nicht mehr unter Kontrolle gehalten werden' könne.

Neben der Darstellung des Entwicklungshilfeapparates, mit seiner Verzahnung der Interessen der Elite Bangladeshs, ausländischer Entwicklungspolitik und Kapitalinteressen und derjenigen der Experten im Lande, den wahnwitzigen Mammut- und Prestigeprojekten, der Nahrungsmittelhilfe, die im Namen der Hungernden gefordert, von den 'Geberländern' gewährt und von den Angehörigen des Militär-, Polizei- und Verwaltungsapparats zu subventionierten Preisen konsumiert wird, wird versucht, ein Programm der 'politischen Solidaritätsarbeit' zu entwerfen.

"Es geht nicht darum, 'Entwicklungshilfe in verbesserter Form' im Sinne einer Sozialtechnologie zu leisten. 'Entwicklungshilfe' weitergedacht muß Befreiungshilfe sein!" stellen die Autoren fest. Zugleich vertreten sie die Auffassung, daß "es Möglichkeiten und Chancen gibt, den Apparat der 'Entwicklungshilfe' so zu nutzen, daß es Oppositions- und Befreiungsbewegungen erleichtert wird, verlorengegangene Souveränität wiederzuerlangen und Abhängigkeitsstrukturen zu überwinden..." (S.11/12) Amerikaner und Europäer müßten dafür sorgen, daß die nur der winzigen Oberschicht zugute kommende Militär- und Wirtschaftshilfe "gestoppt werde" (S.92). Durch die "Verstopfung" dieser Entwicklungskanäle "und teilweiser Umleitung dieser Gelder in Form von Befreiungshilfe kann der Prozeß der Verarmung zum Stillstand gebracht, umgekehrt und eine umfassende Umwälzung der Gesellschaft erreicht werden." (S. 97)

Neuerscheinungen der Zentralen Dokumentationsstelle der Freien Wohlfahrtspflege für Flüchtlinge

* Ilse Bueren, Simone Wolken:

Rechtssprechungsübersicht zur Anerkennungspraxis der Verwaltungsgerichtsbarkeit mit Hinweisen auf die Spruchpraxis des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge

Mai 1988 15,- DM

* Veronika Arendt-Rojahn, Heinrich Freckmann, Victor Pfaff:

Ein Bericht über eine Reise nach Pakistan vom 6. - 16. Februar 1988 (es geht um Flüchtlinge aus Afghanistan)

Mai 1988 10,- DM

Beide Broschüren zu beziehen über:

ZDWF, Postfach 301069
5300 Bonn 3

Darüberhinaus hätte Solidaritätsarbeit eine Aufklärungskampagne über einen 'gerechten Handel', über 'Menschenrechte' und über die Abschaffung 'bürokratischer Entwicklungsapparate' durchzuführen. Zu den Inhalten dieser Solidaritätsarbeit wird sowohl die "Propagierung der Forderung, daß 'wir' erst aufhören müssen zu schaden, ehe wir beginnen können, im besten Sinne zu 'helfen' (S.91) als auch die "Aufgabe politischer Solidaritätsarbeit..., an der Basis arbeitende Nicht-Regierungs-Organisationen ideell und auch finanziell zu unterstützen..." (S.89) gezählt.

Die Frage, inwieweit es in Zukunft möglich sein sollte, BMZ-Gelder für 'an der Basis arbeitende' Gruppen umzuleiten und den Apparat anders zu nutzen, wird erst dann zu einer sinnvollen Frage, wenn sich die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik grundlegend geändert haben.

Die entscheidende Frage ist: Welche politische Rolle spielen die NGO's in Bangladesh und inwieweit ist es gerechtfertigt, die NGO's so positiv zu bewerten, wie die Autoren es tun. Prof. Umar (vgl. sein Interview) bezieht hierzu eine eindeutige Position: die NGO's würden einen 'antipolitische', auf der Ideologie des 'Ökonomismus' beruhende Politik verfolgen, ständen dem Aufbau einer nationalen Bauerngewerkschaft bzw. -bewegung als Hindernis im Wege. Inzwischen hätten sich die größeren NGO's längst zu normalen, auf Expansion und Profit eingestellten kapitalistischen Betrieben weiterentwickelt. Teilweise würden sie direkt Funktionen im Agrarbereich für die Regierung Ershad übernehmen, während die Versuche eine unabhängige Bauernorganisation aufzubauen durch repressive Mittel von der Regierung immer wieder zerstört würden. Er sagt, daß in Zukunft diese Bauernorganisationen die NGO's aus dem Agrarbereich mit Gewalt vertreiben werden.

südasiens 5/88

Die Unterschiede zwischen B.Erler und B.Jessen/M.Nebelung scheinen hinsichtlich der Einschätzung der positiven Rolle der NGO's nicht groß zu sein. So erwähnt auch B. Erler, daß die 'Grammeen Bank' ein gutes Beispiel sei, armen Bauern den Zugang zu Krediten zu ermöglichen. Die Arbeit der von ihnen beschriebenen NGO's wird mit Ausnahme des 'Bangladesh Rural Advanced Committee, BRAC, von den Autoren ausnahmslos gelobt.

Den NGO's halten die Autoren Jessen/Nebelung zugute, daß sie innerhalb des 'aufgeblähten Entwicklungshilfeapparates' eine 'soziale Eigendynamik' in Gang gesetzt hätten. "Sie bereiten den Boden für einen kollektiven Widerstand... die hierfür notwendige Initialzündung erfolgt in Bangladesh durch Nicht-Regierungsorganisationen" (S.12). Nur die NGO's seien in der Lage "für die Armen einen gerechten Anteil an der Macht zu erstreiten..., da keine politische Partei in Bangladesh auch nur die geringste Verankerung in der ländlichen Bevölkerung" habe. Es gäbe "lokale Organisationen, Bauerngewerkschaften und Bauernbewegungen, die allesamt eine aktive Rolle spielen. Sie brauchen Unterstützung und Schutz." (S.12)

Genau an diesem Punkt müßte die Diskussion einsetzen, auf die politische Solidaritätsarbeit nicht verzichten kann. Leider bricht der Gedankengang der Autoren genau an dieser Stelle ab. Nicht nur innerhalb der NGO's, sondern auch zwischen NGO's und linken Parteien, Gruppen, und Bauernorganisationen gibt es erbitterte Auseinandersetzungen, es gibt zahlreiche Spaltungen innerhalb der NGO's, die sich an der Frage der zukünftigen politischen Perspektive entzünden.

Das Interview mit Prof. Kumar sollte zu Denken Anlaß geben und von einer voreiligen Beurteilung der NGO's abhalten.

Da das Buch informativ und plastisch beschreibt, aus welchen Gründen das Entwicklungshilfesystem in Bangladesh 'an seiner Erhaltung interessiert ist' und warum ein Großteil der Elite kein Interesse z.B. an einer schnellen Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion hat, sei es besonders dem Leser empfohlen, dem Bangladesh ein Buch mit sieben Siegeln ist.

Anmerkung 1:
vgl. zur Diskussion in Indien die Dokumentation hierzu in:
U.Hoering, R. Neuwirth, B.Scheel, ASW (Hrsg.):
Wem gehört das Land, Soziale Aktionsgruppen
in Indien, Berlin 1985

**HILFE MUSS NICHT
TÖDLICH SEIN**
Basisbewegung und Befreiungsarbeit
in Bangladesh



ASYL

Die Innenminister von Bund und Ländern haben auf ihrer jüngsten gemeinsamen Konferenz eine schnellere und leichtere Abschiebung abgelehnter Asylbewerber beschlossen. Die Innenminister vereinbarten, daß Asylsuchende zukünftig nach ihrer Ablehnung die Bundesrepublik umgehend verlassen sollen, soweit keine rechtlichen Schranken entgegenstehen. Von einer Abschiebung dürfe nur im Einzelfall abgesehen werden. Jede allgemeine Handhabung einer Nichtabschiebung ganzer Gruppen soll zwischen Bund und Ländern abgestimmt werden. Bisher sei nur ein geringer Prozentsatz von nicht einmal 20 % der Abgelehnten tatsächlich abgeschoben worden, hieß es.

Bund und Länder überlegen schon seit Jahren, wie man abgelehnte Asylsuchende schnell wieder außer Landes bringen kann. Bereits im Oktober 1986 beschlossen die Innenminister zu prüfen, ob "in Zukunft Abschiebungen in den Libanon, nach Sri Lanka oder in andere Krisengebiete möglich sind".

Die CDU-regierten Bundesländer erarbeiteten, ebenfalls bereits 1986, einen Kriterienkatalog zur Erleichterung der Abschiebungen. Darin heißt es beispielsweise, es solle nur dann nicht in Krisengebiete abgeschoben werden, wenn "dem Ausländer dort für sein Leben oder seine Freiheit Gefahren drohen würden, die wesentlich über das Maß dessen, was in dem Staat allgemein oder von einer bestimmten Volks- oder Religionsgruppe allgemein zu dulden ist, hinausgehen".

Die bislang recht unterschiedliche Abschiebep Praxis in den Bundesländern hat dazu geführt, daß viele der in einem Bundesland von Abschiebung bedrohten Flüchtlinge sich erneut zur Flucht veranlaßt sahen, diesmal in ein vermeintlich sicheres Bundesland.

Weiteren Anlaß zur Sorge bieten in diesem Zusammenhang die soeben bekannt gewordenen Vorschläge des Bundesinnenministeriums für ein neues Ausländerrecht. Demnach sollen zukünftig die Möglichkeiten von Erlaßregelungen für Flüchtlingsgruppen durch Änderung des § 14 Ausländergesetz eingeschränkt werden. Lindererlasse über humanitäre Aufnahme oder Duldung von Ausländergruppen bedürften dann der Zustimmung des Bundesinnenministers. Maßstab sollen allein "das Wohl und der Nutzen des deutschen Volkes" sein. Diese Kriterien werden ausdrücklich einer Aufnahme von Flüchtlingen aus humanitären Gründen und dadurch entstehenden erheblichen Belastungen gegenübergestellt. Eine gerichtliche Überprüfung in dieser Weise getroffener, ablehnender Entscheidungen ist nicht mehr vorgesehen. (Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Lagerdienst, Mai 1988)

